Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/555
11.05.73

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 16. Mai 1973
am Donnerstag, dem 17. Mai 1973
am Freitag, dem 18. Mai 1973

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

1. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im Wochenbericht 18/73 vom 3. Mai 1973 getroffenen Feststellungen über die finanzielle Grundlage der gesetzlichen Krankenversicherung, und welche Konsequenzen gedenkt sie daraus zu ziehen?

2. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie wird von der Bundesregirung die angespannte finanzielle Lage insbesondere der Krankenversicherung der Rentner beurteilt, und welche gesetzgeberischen Maßnahmen sind gegebenenfalls geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

3. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche Entschädigungsleistungen müssen nach Ansicht der Bundesregierung die Gemeinden aufbringen, um den von ihr angekündigten Übergang des Verfügungseigentums an Grund und Boden auf die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften wertgerecht zu entschädigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

4. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Wieviel versuchte und wieviel tödlich geendete Fluchtversuche von Bürgern der DDR sind der Bundesregierung seit Beginn der Verhandlungen über den Grundvertrag bekannt geworden?

5. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Wann und in welcher Form gedenkt die Bundesregierung, mit der DDR-Regierung über eine Aufhebung des Schießbefehls an der Mauer zu verhandeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

6. Abgeordneter **Glotz** (SPD)

Ist der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft bereit, darauf hinzuwirken, daß bei der Rückzahlung von Studiendarlehen des Deutschen Studentenwerks die betreffenden Verwaltungsvorschriften so geändert werden, daß der Darlehnsnehmer vom Tilgungsbeginn nochmals verständigt wird, ehe — als Konsequenz des Zahlungsversäumnisses — das gesamte Darlehen fällig wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

7. Abgeordneter **Groß** (FDP)

Treffen Berichte zu, wonach die Deutsche Bundesbahn auf der geplanten Nord-Süd-Schnellstrecke zwischen Hannover und Gemünden außer dem Schnellverkehr auch andere Züge, Güter- und Personenzüge, in kurzen Zeitabständen verkehren lassen will?

8. Abgeordneter **Groß** (FDP)

Welchen Wert für die Verbesserung der Infrastruktur in der von dieser Strecke berührten Region mißt die Bundesregierung ihr bei, wenn die Deutsche Bundesbahn lediglich einen Schnellverkehr mit den Haltepunkten Hannover und Kassel einrichten will?

9. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften darauf hinzuwirken, daß bei Warenlieferungen der EG die anfallenden Seetransporte vorzugsweise von Reedereien der EG-Mitgliedsländer durchgeführt werden?

10. Abgeordneter **Waltemathe** (SPD)

Ist die im Raumordnungsbericht 1972, Seite 114, erwähnte Kostennutzenanalyse zur Beurteilung von Investitionen im Fernverkehr der Deutschen Bundesbahn und im Luftverkehr der Bundesrepublik Deutschland bis 1980 inzwischen durch die Bundesregierung ausgewertet, und welche Konsequenzen werden daraus für den Ausbau der Verkehrsflughäfen abgeleitet?

11. Abgeordnete **Frau Dr. Riedel-Martiny** (SPD)

Inwieweit ist die Planung der Interkontinentalflughäfen, insbesondere die von München II, im Hinblick auf die voraussichtliche Abnahme des innerdeutschen Flugverkehrs infolge der wachsenden Leistungsfähigkeit der Deutschen Bundesbahn mit den Planungen jetzt in Vorbereitung befindlicher neuer schienengebundener Verkehrssysteme und der anzustrebenden Raum- und Siedlungsstruktur abgestimmt?

12. Abgeordnete **Frau Dr. Riedel-Martiny** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, vor Übernahme neuer finanzieller Verpflichtungen für die Planung und den Ausbau des Großflughafens München II die Fertigstellung des Bundesraumordnungsprogramms und des Gesamtverkehrswegeplans abzuwarten?

13. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in- und ausländische Fluggesellschaften zu veranlassen, die Entwicklung lärmarmer Triebwerke und ihren Einsatz mehr als bisher zu fördern?

14. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Was will die Bundesregierung unternehmen, um im Sinne des Verursacher-Prinzips die Einbeziehung des Kriteriums Fluglärm in die Bemessungsgrundsätze für Landegebühren zu erreichen, oder hält sie das für überflüssig?

15. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien wurde im Haushaltsjahr 1973 die Verteilung der Straßenbaumittel auf die einzelnen Bundesländer vorgenommen?

16. Abgeordneter **Wagner (Günzburg)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem Bericht der Sachverständigen-Kommission zur Flugsicherung (sogenannter Schlieker-Bericht) zu ziehen, nachdem dort gefahrbringende Koordinationsmängel aus dem Nichtvorhandensein eines integrierten Flugsicherungs-Gesamtsystems für den zivilen und militärischen Luftverkehr gefolgert werden?

17. Abgeordneter **Wagner (Günzburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine effizientere Arbeit der Flugleitstellen dadurch herbeizuführen, daß die Kompetenzaufteilung in Fragen der Flugsicherung auf ein Bundesministerium reduziert wird sowie technische, personelle und besoldungsmäßige Leistungen dem stetig wachsenden Verkehrsumfang angepaßt werden?

18. Abgeordneter **Konrad** (SPD)

Trifft es zu, daß kein Bundesland von der Deutschen Bundesbahn bisher so schlecht bedient worden sei wie Schleswig-Holstein, und wie ist die Lage des Schienenverkehrs, insbesondere die Elektrifizierung, wirklich zu beurteilen?

19. Abgeordneter **Dr. Oetting** (SPD)

Da in Niedersachsen die zugewiesenen Bundesmittel für den Bundesstraßen- und Bundesautobahnausbau nicht ausreichten, andererseits aber die Bundesmittel für den Bundesautobahnneubau nicht restlos ausgeschöpft werden konnten, frage ich die Bundesregierung, ob es nicht aus Gründen der rationellen Bewirtschaftung der Haushaltsmittel zweckmäßig wäre, die Titel für Neubau bzw. Ausbau für gegenseitig deckungsfähig zu erklären?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen

20. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über den Ausbau der wissenschaftlich-technischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten, insbesondere der Sowjetunion, und welche Verträge sind bisher zur Koordinierung dieser Beziehungen abgeschlossen worden?

21. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zu verstärken, und wie hat sich insbesondere der Wissenschaftleraustausch und die wissenschaftlich-technische Kooperation im Jahr 1972 zwischen diesen beiden Staaten entwickelt?

22. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Wie steht es nach wiederholten Gebührenerhöhungen bei uns und weiteren Plänen dazu mit der Vereinheitlichung der Postgebühren innerhalb der EWG, und in welchen Bereichen bestehen zwischen den einzelnen Ländern der alten Sechser-EWG heute die größten Differenzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

23. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, entgegen der im bisherigen Entwurf eines zweiten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vorgesehenen Regelung des Sockelzuschlags diesen um mindestens 10 DM je kinderzuschlagsberechtigtes Kind zu erhöhen?

24. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die in Artikel II § 2 Abs. 2 und 3 des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern getroffene Regelung über die Aufzehrung der Ausgleichszulagen ersatzlos streichen, um nicht einer großen Zahl bayerischer Landes- und Kommunalbeamter gesetzlich gesicherte Rechtspositionen zu nehmen?

25. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Erkennt die Bundesregierung an, daß die Europäischen Gemeinschaften spätestens auf Grund der Schlußerklärung der Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und der beitrittswilligen Staaten vom 19. bis 21. Oktober 1972 in Paris eine Kompetenz für Umweltsicherung und Umweltschutz besitzen, da sich die Staats- und Regierungschefs „in der Auffassung einig waren, daß es insbesondere zur Verwirklichung der in den Aktionsprogrammen" (zu denen auch das gemeinschaftliche Umweltschutzprogramm gehört) „festgelegten Aufgaben angezeigt ist, alle Bestimmungen der Verträge, einschließlich des Artikels 235 des EWG-Vertrags, weitestgehend auszuschöpfen"?

26. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Regelung der Frühpensionierung in der Beamtenversorgung gegenüber der vergleichbaren Versorgung ehemaliger Behördenangestellten und -arbeiter in einem besonderen Maße einen Rückstand aufweist, und welche gesetzgeberischen Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus dem Bericht, den der Bundesminister des Innern zu diesem Problem erstellt hat, zu ziehen?

27. Abgeordneter **Volmer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Länder einer Neuregelung der Versorgung bei Frühpensionierung im Prinzip zugestimmt haben, und bis wann darf dann mit einer Gesetzesvorlage der Bundesregierung gerechnet werden, für die der Bundesminister des Innern auf Formulierungshilfen für eine in der vergangenen Legislaturperiode in Erwägung gezogenen Initiative zurückgreifen kann?

28. Abgeordneter **Wrede** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung auf Grund des Prüfungsberichts des Bundesrechnungshofs zum Bundeshaushalt 1971 im Bereich der Sportförderung ergriffen?

29. Abgeordneter **Wrede** (SPD)

Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die Sportförderungsmittel von den Sportorganisationen zweckbestimmt und nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen verwendet werden, wie dies der Bundesrechnungshof in seinen Beanstandungen zum Bundeshaushalt 1971 gefordert hat?

30. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Hält die Bundesregierung an der auch von ihr im Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland von Juni 1972 zum Ausdruck gebrachten Absicht fest, auf eine einheitliche Führung von Schutz- und Kriminalpolizei auf der unteren Integrationsebene (Polizeidirektion/Polizeipräsidium) hinzuwirken, und wird sie dies insbesondere bei solchen Ländern tun, die diese einheitliche Führung noch nicht verwirklicht haben?

31. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Trifft die Meldung in der Illustrierten „Stern" zu, wonach auf Intervention des Bundesinnenministers die Bundeszentrale für politische Bildung die Herstellung von 130 Kopien des Films „Rote Fahnen sieht man besser" stoppen mußte und ihn als eigenes Schulungsmaterial nicht verwenden darf, und welche Gründe waren zutreffendenfalls dafür maßgebend?

32. Abgeordneter **Reiser** (SPD)

Welche Gründe hatte die Bundesregierung, die Absicht der Bundeszentrale für politische Bildung zu stoppen, künftig Kopien der Fernsehdokumentation „Rote Fahnen sieht man besser" für ihre staatsbürgerliche Schulungsarbeit nutzbar zu machen?

33. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den in verschiedenen Tageszeitungen veröffentlichten Vorschlag des stellvertretenden Polizeipräsidenten von München, Wolf, der unter Hinweis auf den Überfall der israelischen Olympiamannschaft in München durch palästinensische Terroristen fordert, bei „kriegsmäßigen Auseinandersetzungen mit Terroristen" Bundeswehrsoldaten statt Polizei einzusetzen?

34. Abgeordneter **Reiser** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Berichte des Münchner Polizeipräsidenten Wolf in einer Studie, nach der ein Einsatz von Bundeswehr bei „kriegsmäßigen Auseinandersetzungen" mit ausländischen Terroristenkommandos geprüft werden sollte?

35. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Welche Mittel werden nach dem derzeitigen Überblick der Bundesregierung für die Erfüllung der einzelnen Ansprüche aus dem Häftlingshilfegesetz in der Fassung vom 29. Juli 1971 insgesamt benötigt, und welche Zahlungen sind bis zum Ende des Haushaltsjahres 1972 auf die einzelnen Ansprüche geleistet worden?

36. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Wie lange wird es auf der Grundlage der 2. Verordnung über die Auszahlung von zusätzlichen Eingliederungshilfen und Ausgleichsleistungen nach dem Häftlingshilfegesetz vom 11. April 1973 in etwa dauern, bis die letzten Einmalleistungen ausgezahlt worden sind?

37. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Verhinderung des Moderators Löwenthal vom Zweiten Deutschen Fernsehen durch Sicherheitsorgane des Bundes bei seinem Versuch, den Staatspräsidenten der Republik Vietnam zu interviewen, ein Verstoß gegen die im Grundgesetz gewährleistete Pressefreiheit ist, und wird die Bundesregierung in Zukunft dafür sorgen, daß auch Journalisten, die ihr kritisch gegenüberstehen, unbehindert ihre Informationspflicht erfüllen können?

38. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Herr Löwenthal (ZDF), Herr Koch (Axel-Springer-Inlandsdienst) und der französische Journalist Pierre Roelandts, von Sicherheitsorganen des Bundes daran gehindert wurden, ein Interview mit dem südvietnamesischen Staatspräsidenten van Thieu zu machen, obwohl hierzu die Genehmigung des Präsidenten van Thieu und des Bundespresseamts vorlag, und welche Gründe lassen sich hierfür angeben?

39. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung darin eine unerlaubte Einschränkung des freien Journalismus, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, das Grundrecht der Meinungsfreiheit und der öffentlichen Information uneingeschränkt zu gewährleisten?

40. Abgeordneter **Dr. Schulz (Berlin)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein Vertreter des Nachrichten-Magazins des Zweiten Deutschen Fernsehens „von höchster Stelle" daran gehindert wurde, den südvietnamesischen Staatspräsidenten Thieu vor dessen Abflug zu interviewen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in Zukunft einen so flagranten Verstoß gegen Artikel 5 des Grundgesetzes zu unterbinden, und wer war in dem genannten Fall der Verantwortliche der „höchsten Stelle"?

41. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind nach Überzeugung der Bundesregierung die Voraussetzungen dafür gegeben — auch durch die Bundesmittel des 5-Jahres-Leitprogramms zur Sanierung des Bodensees —, daß bis 1975/76 die Kläranlagen am Bodensee und alle wichtigen Anlagen im Einzugsgebiet des Bodensees mit biologischen und chemischen Stufen in Betrieb sind, um damit die Reinhaltung des Bodensees sicherzustellen?

42. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Studie „Phosphoreliminierung aus Abwässern — nur ein Finanzierungsproblem?" des Arbeitskreises für Umweltschutz an der Universität Konstanz, in der er eine zweckgebundene Phosphatsteuer fordert, um den Phosphatverbrauch

im Zusammenhang mit einer Deklarierungspflicht auf ein Mindestmaß zu reduzieren, und um dadurch zusätzliche Finanzierungsmittel für den beschleunigten Bau der unentbehrlichen Kläranlagen mit chemischer Fällung für Abwasserphosphat zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

43. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung auf den Initiativänderungsentwurf des Deutschen Anwaltsvereins für die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte — Novelle 1973 Anwaltsblatt 1972/84 — veranlaßt?

44. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Wird die Bundesregierung mit Rücksicht auf die sehr stark gestiegenen Kosten eine Anhebung der Gebühren nach der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte in aller nächster Zeit einleiten?

45. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aufklärungskampagne der Polizei an Ärzte und Nachbarn, vermutete Kindesmißhandlungen den Jugend- und Sozialämtern wie der Polizei zur Anzeige zu bringen, hinsichtlich des dabei auftretenden schwerwiegenden Konflikts in bezug auf die ärztliche Schweigepflicht und der Gefahr der Nachbarn, nach § 185 f StGB strafrechtlich belangt zu werden, falls sich die Anhaltspunkte für Kindesmißhandlungen als falsch erweisen sollten, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung hinsichtlich der Überlegungen für ein neues Kindschaftsrecht, rechtliche Grundlagen zu schaffen, die diesen verschiedenen Interessenkonflikten Rechnung tragen und dabei am Wohl des Kindes orientiert sind?

46. Abgeordneter **Stahl** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, § 89 Abs. 3 Satz 1 HGB, der den Ausgleich für sogenannte selbständige Handels- und Versicherungsvertreter einseitig regelt, so zu ändern, daß er auch im Falle einer Eigenkündigung dem für ein Unternehmen langjährig Tätigen einen Ausgleich zubilligt?

47. Abgeordneter **Dürr** (SPD)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit dem geltenden Recht und den Zielen der Gesetze zur Begrenzung des Mietanstieges und über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum vereinbar, wenn Vermieter für die in Mietwohnungen installierten Heizkörper einen besonderen Mietzins

fordern, Heizanlagen an Dritte verpachten und den Mietern die Verpflichtung abverlangen, mit den Pächtern Wärmelieferungsverträge abzuschließen, und um mit Hilfe derartiger Vertragsgestaltungen die Heizkostenbelastung der Mieter um mehr als 40% zu erhöhen, und wie gedenkt die Bundesregierung derartige Praktiken zu unterbinden?

48. Abgeordneter **Dr. Oetting** (SPD)

Da in letzter Zeit die Übervorteilung insbesondere älterer Leute bei als sogenannte „Kaffeeausflugsfahrten" getarnten Verkaufsaktionen ständig zunimmt, frage ich die Bundesregierung, ob es nicht sinnvoll wäre, ähnlich wie bei Ratenkaufverträgen und Käufen an der Haustür, auch hier eine Möglichkeit zu schaffen, daß die Betroffenen von den bei diesen Veranstaltungen abgeschlossenen Kaufverträgen zurücktreten können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

49. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für vereinbar mit dem Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes, wenn nur Arbeitnehmer hinsichtlich der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit von der Einkommensteuer- bzw. Lohnsteuerpflicht befreit werden und nicht im gleichen Umfang auch Selbständige, z. B. niedergelassene Ärzte und Zahnärzte, die nachts oder an Sonn- und Feiertagen von Patienten in Anspruch genommen werden?

50. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung bei ihrer entsprechenden gesetzgeberischen Initiative darüber im klaren, daß die derzeitige steuergesetzliche Ungleichbehandlung von Arbeitnehmern und Selbständigen, z. B. in § 34 a des Einkommensteuergesetzes, nach der einschlägigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Januar 1969 gegen das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes verstößt?

51. Abgeordneter **Gallus** (FDP)

Über wieviel Grundbesitz verfügt der Bund?

52. Abgeordneter **Gallus** (FDP)

Wieviel Grund und Boden hat der Bund in den letzten Jahren für soziale und bodenpolitische Zwecke und zu welchen Preisen zur Verfügung gestellt?

53. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Entspricht es den Tatsachen, daß die Dienstkraftwagen des Bundes noch immer nicht serienmäßig mit Sicherheitsgurten und Kopfstützen ausgerüstet sind?

54. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß von den im Jahr 1971 durch den Bundestag zur Verbesserung der Mühlenstruktur bereitgestellten Mittel für die Zahlung von Stillegungsprämien Mehrwertsteuer — gegebenenfalls wieviel Prozent — gezahlt werden muß?

55. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß der Gesetzgeber die bereitgestellten Mittel in voller Höhe dem bezugsberechtigten Empfänger zugutekommen lassen wollte, und wird die Bundesregierung — falls aus grundsätzlichen Erwägungen Mehrwertsteuer wirklich anfallen sollte — die zu zahlende Prämie entsprechend erhöhen?

56. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Hält die Bundesregierung über die in ihrer Antwort auf meine Mündliche Anfrage vom 7. Februar 1972 angesprochenen Schutzmöglichkeiten hinaus die Einrichtung einer Wertpapierbehörde, ähnlich der amerikanischen Security and Exchange Commission (SEC), und eine strengere Prospektkontrolle für angebracht?

57. Abgeordneter **Dr. Luda** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach auf Grund der jüngsten Währungsverluste der Deutschen Bundesbank der Bundesjustizminister veranlaßt worden ist, gegenüber der Deutschen Bundesbank zur Frage ihrer Konkursfähigkeit Stellung zu nehmen, und ist die Bundesregierung bereit, den Wortlaut der Stellungnahme des Bundesjustizministers bekanntzugeben?

58. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der Steuerreform, die beschützenden Werkstätten für Behinderte von der Umsatzbesteuerung zu befreien?

59. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die Erstattung des Lastenausgleichs für bestimmte Niederungsgebiete im Haushaltsplan 1973 gestrichen?

60. Abgeordneter **Wurche** (SPD)

Treffen Berichte zu, daß bis zum 1. Juli 1973, von dem an LKW beim Gütertransport von und nach Berlin verplombt sein müssen, nicht alle Fahrzeuge mit den entsprechenden Vorrichtungen ausgestattet werden können, und wird die Bundesregierung, falls dies zutrifft, Maßnahmen ergreifen, um einen späteren Zeitpunkt für die Pflicht der Verplombung anzustreben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

61. Abgeordneter **Bäuerle** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Auswirkungen des anhaltenden Konzentrationsprozesses in der Brauereiindustrie bekannt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dieser Entwicklung zum Erhalt und zur Stärkung des Mittelstands auch in dieser Branche Einhalt zu gebieten?

62. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung trotz der jetzt ergriffenen Stabilitätsmaßnahmen die Preissteigerungsrate zum Jahresende 1973 ein?

63. Abgeordneter **Stahl** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, ein verbindliches Konzept der gemeinsamen Energieplanung auf Europäischer Ebene bei der EG unter stärkerer Berücksichtigung eines Versorgungsanteiles aus fossilen Brennstoffen einheimischer Produktion in absehbarer Zeit zu schaffen, um die Sicherung der Energieversorgung zu erhalten?

64. Abgeordneter **Wurche** (SPD)

Treffen Berichte zu, daß es mittel- bis langfristig zu Versorgungsschwierigkeiten auf dem Heizöl- bzw. Kraftstoffmarkt (Benzin u. a.) kommen könnte, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um die Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin auf diesem Gebiet sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

65. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit mir einer Meinung, daß auch der Reitsport eine der Gesundheit dienende Sportart ist und daß seine Ausübung in der freien Natur nicht durch die Gesetze über Naturschutz und Landschaftspflege sowie das Bundeswaldgesetz verhindert werden sollte?

66. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Regelung des § 28 Abs. 2 Nr. 3 in dem Entwurf eines Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (siehe Bundesrats-Drucksache 208/73) eine problemgerechte Interessenabgrenzung zwischen Spaziergängern und Wanderern einerseits sowie Reitern, Radfahrern und Anhängern des Campingsports andererseits gewährleistet?

67. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Überlegungen stellt die Bundesregierung angesichts der zu erwartenden weiteren Überschüsse auf dem Milchmarkt an, und wieweit bestehen Konzeptionen in Hinsicht auf eine langfristige Regelung?

68. Abgeordneter **Immer** (SPD)

Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um die finanz- und wirtschaftsrechtliche Situation der überbetrieblichen Zusammenschlüsse landwirtschaftlicher Betriebe auf der Produktionsstufe soweit zu verbessern, daß keine Diskriminierung gegenüber dem Einzelbetrieb, vor allen Dingen in steuerrechtlicher Beziehung, mehr möglich ist ?

69. Abgeordneter **Immer** (SPD)

Durch welche Bestimmungen wird gewährleistet, daß kooperative Zusammenschlüsse landwirtschaftlicher Betriebe auf der Produktionsstufe die gleiche Investitionsförderung erhalten wie Einzelbetriebe?

70. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Was ist der Bundesregierung über die von der FAO für 1975 vorhergesagte weltweite Hungersnot bekannt, und in welcher Weise können die Landwirtschaften in Deutschland und der EWG dazu bewogen werden, gegen diese sich abzeichnenden Versorgungsmängel vorzusorgen?

71. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der derzeitigen Preisentwicklung auf dem Futtermittelsektor zu, die wegen der nur in sehr beschränktem Maße vorhandenen Eiweißprodukte (Fischmehl und Sojaschrot) entstanden ist, und hält es die Bundesregierung auf Grund ihrer Informationen für möglich, daß der Futtermittelmarkt bis zur neuen Sojabohnenernte völlig zusammenbricht?

72. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Anzahl an landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben kann nach der Veränderung der Eingangs- und Zielschwelle durch die Beschlüsse des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft gefördert werden?

73. Abgeordneter **Dr. Slotta** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) an der Entscheidung der EG-Landwirtschaftsminister, sie sei „eine Entscheidung gegen die Verbraucher und für mehr Inflation" und „Anstatt für eine Senkung der überhöhten Grenzabgaben, eine Herabsetzung der Preisgarantien bei Überschußprodukten und für zusätzliche Sofortmaßnahmen zur Dämpfung der Agrar- und Lebensmittelpreise einzutreten", habe „sie einer Politik zum Sieg verholfen, die die Verbraucher, und insbesondere die einkommensschwächeren Schichten, zusätzlich belastet"?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

74. Abgeordneter **Walkhoff** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, die Förderung des Verbands Deutscher Studentenschaften aus Bundesmitteln umgehend wieder aufzunehmen?
75. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung auch nach dem Gespräch der beiden Minister Frau Dr. Vocke und von Dohnanyi daran fest, daß dem VDS keine Förderung aus Bundesmitteln gewährt werden kann, und ist eine der Ursachen dafür die Erklärung der Vertreter des VDS bei diesem Gespräch, daß sie die in Berlin Studierenden in ihrem Dachverband nicht vertreten könnten?
76. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bereits den Eintritt der Auszubildenden in das Berufsgrundbildungsjahr durch geeignete Maßnahmen so abzusichern, daß der anschließende Übertritt in ein Ausbildungsverhältnis des gewählten Berufsfeldes regelmäßig gewährleistet ist und nicht, wie sich zum Teil z. B. in Bayern abzeichnet, nicht zustandekommt?
77. Abgeordneter **Metzger** (SPD)	Treffen Berichte zu, nach denen das Deutsche Krebsforschungszentrum im Zusammenhang mit einer Frage im Bundestag zu der von Professor Manfred von Ardenne entwickelten Krebs-Mehrschritt-Therapie (KMT) dem Bundesgesundheitsministerium wissentlich falsche Auskünfte gegeben hat, und welche Schlußfolgerungen wird die Bundesregierung gegebenenfalls aus diesem Verhalten des Deutschen Krebsforschungszentrums ziehen?
78. Abgeordneter **Baier** (CDU/CSU)	Ist der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit mit mir der Meinung, daß die Entscheidung des Kuratoriums des deutsch-französischen Jugendwerks, wonach im schulischen Bereich nur noch Veranstaltungen im Rahmen offizieller Schulpartnerschaften allgemeinbildender Schulen gefördert werden sollen, dazu führt, daß viele Schülerbegegnungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich unterbleiben müssen, und damit der deutsch-französische Jugendaustausch einen weiteren Rückschlag erleidet?
79. Abgeordneter **Baier** (CDU/CSU)	Angesichts der Tatsache, daß die Bundesregierung eine grundsätzliche Reform des Familienlastenausgleichs frühestens 1976 vorsieht, frage ich, ob die Bundesregierung bereit ist, unverzüglich direkte finanzielle Leistungen des

Familienlastenausgleichs (Kindergeld) zu erhöhen, um den seit 1964 infolge der Steigerung der Lebenshaltungskosten um mehr als ein Drittel entstandenen Nachholbedarf der Familien mit mehreren Kindern zu befriedigen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

80. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Treffen die Aussagen des Bonner WAZ-Korrespondenten Zirngibl (vom 5. Mai 1973) zu, nach denen der Bundeskanzler vor einem kleinen Kreis erklärt haben soll, daß die Gehaltserhöhungen über den Preissteigerungen liegen und daß „selbst dann, wenn sich dieses Verhältnis einige Jahre zuungunsten der Beschäftigten verändern sollte", dies nicht so schlimm sei, daß es möglich sein muß, mit Preissteigerungen zu leben, so wie dies in anderen Ländern schon lange der Fall ist, und wenn ja, wie vereinbart der Bundeskanzler diese seine Auffassung mit der gleichfalls von ihm erhobenen Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

81. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Ministerrat der EWG dafür einzutreten, daß das System der außenpolitischen Konsultationen bis zur Institutionalisierung ausgebaut wird, damit die Gemeinschaft als größte Handelsmacht dieser Erde in der Außenpolitik in Verhandlungen mit den anderen Mächten mit einer Stimme spricht?

82. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Glaubt die Bundesregierung, der UNO-Charta und den demokratischen Rechten der Menschen in Deutschland gerecht zu werden, wenn sie anläßlich des geplanten UNO-Beitritts kein Memorandum über die Menschenrechtslage in Deutschland einbringen will?

83. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, 1974 und 1975 ebenfalls die Memoranden zur Menschenrechtslage in Deutschland zu unterlassen?

84. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)	Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten für den Besuch des sowjetischen Parteichefs Breschnew in der Bundesrepublik im Hinblick auf die getroffenen umfangreichen Vorbereitungen für Unterkunft und Sicherheit ein?
85. Abgeordneter **Dr. Meinecke (Hamburg)** (SPD)	Treffen die Berichte in dem ARD-Magazin „Kompaß" vom 9. Mai 1973 über die Hilfsmaßnahmen in Managua (Nicaragua) zu, daß dort die vielen gespendeten Hilfsgüter nicht an die dortige Bevölkerung kostenlos verteilt werden, Nahrungsmittel tonnenweise auf dem Flugplatz lagern, die von privaten, caritativen Organisationen und der Bundesregierung gespendeten Zelte unbenützt herumliegen, auf dem Schwarzmarkt verkauft werden und nur ein Bruchteil für die obdachlose Bevölkerung aufgestellt wird, sind diese bedauerlichen Mißstände auf unzureichende organisatorische Maßnahmen der Geber-Länder und Organisationen zurückzuführen oder auf mangelnde Planung der staatlichen Stellen des Landes Nicaragua?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Da der Bundesregierung bekannt ist, daß auf der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz die Terminologie für geschichtliche und geographische Darstellung der deutsch-polnischen Geschichte für den Schulunterricht festgelegt wird, frage ich die Bundesregierung, ob sie bereit ist, dem Bundestag eine Dokumentation zuzuleiten über die bisherigen Arbeitsergebnisse dieser Konferenz?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

2. Abgeordneter **Katzer** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Befreiung der Beamten, Ruhestandsbeamten und Beamtenhinterbliebenen von der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht ihren Grund allein in der diesem Personenkreis durch das Beihilferecht garantierten Krankenversorgung hat, die Beihilfevorschriften deshalb ein Surrogat für die gesetzliche Krankenversicherung sind?

3. Abgeordneter **Katzer** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß als Folge des geltenden Beihilfenrechts die Belastung mit Beiträgen für eine „freiwillige" Krankenversicherung in Prozenten des Einkommens in der Regel am kleinsten bei den Beziehern von Spitzengehältern und am größten bei den Empfängern kleiner Beamtenpensionen ist, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu unternehmen?

4. Abgeordneter **Wurche** (SPD)

Sind auf dem Gebiet des Umweltschutzes von der Bundesregierung wirksame Maßnahmen mit den Verantwortlichen der DDR z. B. für die „Zonenrandgebiete" eingeleitet worden und wenn ja, welche Ergebnisse liegen vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

5. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellungen des Regierungsdirektors beim Bundesrechnungshof Morell, daß bei Bund, Ländern und Gemeinden jährlich rund 30 Milliarden DM für organ- und sachfremde Aufgaben ausgegeben werden, und welche Konsequenzen gedenkt sie generell daraus zu ziehen?

6. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)	Ist die Bundesregierung bereit, bezüglich des von Herrn Morell für die Bundesverwaltung ohne Bundeswehr, Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost angegebenen Fehlbetrages von 3,75 Milliarden DM umgehend Überprüfungen anzustellen und Einsparungsvorstellungen zu entwickeln?
7. Abgeordneter **Wuwer** (SPD)	Besteht nach Auffassung der Bundesregierung eine gesetzliche Grundlage für die nach Meldungen des „Spiegels" Nr. 19 vom 7. Mai 1973 von einigen Gemeinden den Besitzern von Zweitwohnungen auferlegte Sondersteuer, und, wenn nein, erwägt die Bundesregierung bei einer positiven Beurteilung dieser steuerlichen Maßnahmen eine Rechtsgrundlage zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

8. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	In welchem Umfange wird die Förderung der Kernenergie durch die Bundesregierung in das energiepolitische Programm einbezogen, und wie wird insbesondere das 4. Atomprogramm bei der Ausarbeitung des Energiekonzepts berücksichtigt?
9. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	In welchem Umfange wurde vom Wirtschaftsministerium in Zusammenarbeit mit dem BMFT geprüft, welche neuen Möglichkeiten der Energiegewinnung, Energiekonservierung und des Energietransports durch die Bundesregierung gefördert werden sollen?
10. Abgeordneter **Konrad** (SPD)	Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß aus dem Kreis Ostholstein keine Stadt oder Gemeinde als Schwerpunkt in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" aufgenommen wurde, und kann damit gerechnet werden, daß die Stadt Eutin oder die frühere Kreisstadt Oldenburg in die Liste der Schwerpunktgemeinden aufgenommen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

11. Abgeordneter **Immer** (SPD)	Welche Vorstellungen werden im Rahmen der landwirtschaftlichen Berufsausbildung entwikkelt, die Ausbilder im Bereich der praktischen Berufsausbildung weiter zu bilden, und welche Finanzierungsmöglichkeiten sind für solche Maßnahmen vorgesehen?

12. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Aus welchem Grund beabsichtigt die Bundesregierung, in ihren Entwürfen für ein Wald- und Naturschutzgesetz ein Reitverbot auszusprechen, und welchen Zielen würde ein solches Verbot dienen?

13. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Um wieviel müßte sich der Endverkaufspreis für Butter auf Grund der Luxemburger Preisbeschlüsse ermäßigen, und wird die Bundesregierung eine zusätzliche Butterverbilligungsaktion ähnlich wie Großbritannien in die Wege leiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

14. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Welche Kosten würden entstehen, wenn der neugefaßte § 1251 Abs. 2 RVO, nach dem eine Ersatzzeit auch dann angerechnet werden kann, wenn der Versicherte nach Beendigung der Ersatzzeit innerhalb von 3 Jahren keine versicherungspflichtige Tätigkeit aufgenommen hat, aber die sogenannte „Halbdeckung" erfüllt, auch auf Versicherungsfälle vor dem 19. Oktober 1972 angewendet würde?

15. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, in Fortsetzung der Rentenreform dem Bundestag vorzuschlagen, in einem Gesetzentwurf den Stichtag für den Eintritt des Versicherungsfalls wenigstens schrittweise zurückzuverlegen, um gerade auch älteren Rentnern mit entsprechend niedrigen Renten die Vergünstigung des neuen § 1251 Abs. 2 RVO zugutekommen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

16. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

In welcher administrativen Form soll nach Meinung der Bundesregiergung das deutsch-französische Jugendwerk in Zukunft seine Aufgaben erfüllen, und trifft es zu, daß die Verwaltung des DFJW ihren Sitz in Paris oder Versailles erhalten soll?

17. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung Überlegungen bei, in Anbetracht der europäischen Zusammenarbeit in der Jugendpolitik, die Verwaltung des DFJW nach Straßburg zu verlegen?

18. Abgeordneter **Wagner (Günzburg)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die in § 16 des Bundesseuchengesetzes enthaltene zwingende Vorschrift, wonach alle Impfungen in das Impfbuch einzutragen sind, im Hinblick auf die Grippeimpfungen und Reihenimpfungen?
19. Abgeordneter **Baier** (CDU/CSU)	Trifft es zu, wie der Bundesjugendring kürzlich mitteilte, daß die beabsichtigte Einsparung von 2000 Planstellen auch für die aus dem Bundesjugendplan geförderten Personalstellen bei Jugendorganisationen gilt?
20. Abgeordneter **Dr. Slotta** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Einsatz von Notarzt-Wagen gesetzlich zwingend zu bestimmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

21. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß die Verlegung der Trassenführung der B 207 und die Fortführung der Bundesstraße auf einem Wall, der zum einen das geplante Europacenter im Bebauungsplangebiet 10 A durchschneidet und zum anderen die Stadt Schwarzenbek, die bereits schon durch die Bundesbahn in einen Nord- und einen Südteil geteilt ist, noch durch den Wall der B 207 in einen Ost- und Westteil, also vierfach, geteilt würde und somit aus städtebaulichen Gesichtspunkten die Dammschüttung nicht vertretbar ist?
22. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, die Ausführung der Bundesstraße B 207 so vorzunehmen, daß auch städtebauliche Gesichtspunkte Berücksichtigung finden?
23. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Zu welchem Zeitpunkt erfolgt der Bau einer Umgehungsstraße der B 55 um Bergheim/Erft, und wie hoch schätzt das Bundesverkehrsministerium die Belastung der Zieverícher Kreuzung durch den Straßenverkehr, wenn die B 477 und die B 55 aus Bergheim verlegt worden sind?
24. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Was unternimmt das Bundesverkehrsministerium, um Bergheim durch bessere öffentliche Nahverkehrsverbindungen — insbesondere durch die Errichtung einer S-Bahnlinie — an Köln anzubinden?

25. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der für 1974 vorgesehene Ausbau des sogenannten Zubringers Mitte/ Landesstraße 115 von Freiburg nach Breisach einschließlich der Ortsumgehung Umkirch aus finanziellen Gründen auf das Jahr 1984 verschoben worden ist, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zutreffendenfalls, um diese Baumaßnahme wenigstens bezüglich der Ortsumgehungen vorzeitig durchzuführen?

26. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Rahmen der Auflösung der Bundesbahndirektion Regensburg das Gebiet links der Donau bis nach Passau der Direktion Nürnberg und das rechts der Donau der Direktion München mit der Folge zugeteilt werden soll, daß dadurch das Bundesbahnbetriebswerk Plattling mit 300 bis 400 krisenfesten Dauerarbeitsplätzen aufgelöst wird, und wenn ja, ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß auch das Gebiet links der Donau ab Straubing der Direktion München einzugliedern ist, damit das Bundesbahnbetriebswerk in Plattling erhalten werden kann?

27. Abgeordneter **Lenders** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand bzw. die technische Entwicklung des Kraftfahrzeugantriebs mit Flüssiggas, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die Umrüstung der kommunalen Nahverkehrs- und Versorgungsfahrzeuge von Benzin- auf Treibgasantrieb aus Gründen des Umweltschutzes in geeigneter Weise zu unterstützen?

28. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Bundesstraße Nr. 4 zwischen Coburg und der im Rahmen des Grundvertrages vorgesehenen neuen Grenzübergangsstelle Coburg-Eisfeld in einem solchen Zustand befindet, daß sie für einen größeren Besucherverkehr in die DDR kaum ausreicht, und bestehen für einen Ausbau entsprechende Planungen?

29. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Hält die Bundesregierung die bisher errichtete Wellblech-Baracke für die Abwicklung des Grenzverkehrs für ausreichend, oder welche anderen Planungen liegen vor?

30. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen dafür einzusetzen, daß die Elektrifizierung der Bergischen Eisenbahnstrecke im Rahmen der S-Bahn-Finanzierung des Landes vorgezogen wird ?

31. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung gegenüber der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn und dem Land Nordrhein-Westfalen zu unternehmen, um die Elektrifizierung der Bergischen Eisenbahnstrecke zu beschleunigen?

32. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch Vorfinanzierung oder Bereitstellung von Bundesmitteln eine baldige Elektrifizierung der Bergischen Eisenbahnstrecke zu erreichen?
33. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Wie weit sind die Planungen zur Beseitigung des schienengleichen Bundesbahnüberganges im Zuge der Staatsstraße 2443 in Dettingen (Unterfranken) gediehen, und wann wird mit der Einleitung bzw. dem Abschluß des Planfeststellungsverfahrens gerechnet?
34. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, das Projekt für den Baubeginn 1974 mit einem ersten größeren Betrag zu fördern, und wie sieht die Gesamtfinanzierung aus?
35. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung Bestrebungen entgegentreten, im Rahmen der Bemühungen um einen europäischen Führerschein für Behinderte einen gesonderten Führerschein einzuführen, und wird sie zur Vermeidung einer solchen Diskriminierung der Behinderten darauf bestehen, daß die diesbezügliche Regelung in unserem Land auch Grundlage der Überlegungen bei der Schaffung eines europäischen Führerscheines wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

36. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Erhöhung des allgemeinen Rentenniveaus von vielen Rentenempfängern auch die Grenzen für die Zahlung von Wohngeld überschritten werden und daß dadurch im Endergebnis eine tatsächliche Schlechterstellung der Rentner eintritt, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um eine Anpassung der Einkommensgrenzen für die Gewährung von Wohngeld vorzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen

37. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Welche mittleren und großen Computer sind nach dem Stand vom 31. Dezember 1972 bei der Bundesregierung und bei den obersten Bundesbehörden installiert, und wie gliedern diese sich nach Hersteller und Mietwert?

38. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, bei der Beschaffung von Computern für staatliche Dienststellen Computerhersteller mit europäischem Stammsitz entsprechend ihren Vorstellungen im Rahmen des 2. Datenverarbeitungsprogramms stärker zu berücksichtigen?

39. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in der EWG dafür einzutreten, daß alle Postgebühren vereinheitlicht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

40. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Welche konkreten Arbeitsergebnisse hat das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung in Berlin sei seinem Bestehen der Bundesregierung oder der Öffentlichkeit vorgelegt?

41. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Mit welchen Untersuchungen und gegebenenfalls Vorschlägen dieses Instituts kann die Öffentlichkeit in absehbarer Zukunft rechnen?

Bonn, den 11. Mai 1973